Beilage 861

Bericht

des

Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen
zum

Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten von Knoeringen und Fraktion betreffend Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte und Bürgermeister (Gemeindewahlgesetz) — Beilage 845 —

Berichtersteller: von Knoeringen

Antrag des Ausschusses:

Ablehnung.

München, den 14. Juni 1951

Der Vorsitzende:
Stock

Beilage 862

Der Bayerische Ministerpräsident

München, den 11. Juni 1951

An den

Herrn Präsidenten
des Bayerischen Landtags

München

Betreff:

Vorgriff auf den Haushalt 1951 zur Errichtung von KB-Kammern bei den Oberversicherungsämtern

Auf Grund Beschlusses des Ministerrats vom 5. Juni 1951 bitte ich im Namen der bayerischen Staatsregierung die Zustimmung des Landtags zu nachstehendem

Antrag

herbeizuführen.

„Die Staatsregierung wird ermächtigt:

1. bei den Bayerischen Oberversicherungsämtern ab 1. Juli 1951 zusätzlich 28 KB-Kammern zur Erledigung von Streitfällen in Angelegenheiten der Kriegsopferversorgung zu errichten,

2. im Vorgriff auf den Haushalt 1951 die erforderlichen Stellen für die Kammervorsitzenden und das Hilfspersonal zu besetzen,

3. die anfallenden Ausgaben für Personal- und Sachaufwand der 28 KB-Kammern im Vorgriff auf den Haushalt 1951 zu leisten.“

Begründung

Zu 1:

Erfahrungsgemäß führen in Angelegenheiten der Kriegsopferversorgung 50% der Rentenbescheide zur Berufung beim zuständigen Oberversicherungsamt. Unter Berücksichtigung bestehender Rückstände und des zu erwartenden Zugangs ist im Laufe des Rechnungsjahres 1951 mit rund 210 000 Berufungsfällen zu rechnen.

In Bayern sind zur Zeit bei den 5 Oberversicherungsämtern insgesamt 77 KB-Kammern tätig, die im Laufe eines Jahres rund 77 000 Streitfälle bearbeiten. Es würde demnach über 2½ Jahre dauern, bis die im Rechnungsjahr 1951 anstehenden Berufungen erledigt wären. Dabei sind die Zugänge an Streitfällen vom Jahre 1952 ab noch nicht berücksichtigt.

Im Interesse der Kriegsbeschädigten und ihrer Hinterbliebenen muß angestrebt werden, die bei den Oberversicherungsämtern anhängigen Berufungen beschleunigt zu bearbeiten. Der Bayerische Landtag hat gelegentlich der Haushaltsberatungen des Einzelplans IX wiederholt eine zeitnahe Rechtsprechung in der Kriegsopferversorgung gefordert. Aus diesem Grunde wurden im Voranschlag zum Haushalt 1951 (Einzelplan IX) beim Kapitel 809 zusätzliche Stellen und Mittel für 28 KB-Kammern der Oberversicherungsämter angefordert.

Zu 2.

Die 28 KB-Kammern sollen ab 1. Juli 1951 errichtet und vornehmlich mit Beamten z. Wv. nach § 20 des Regelungsgesetzes zu Art. 131 GG. vom 11. Mai 1951 (BGBl. I S. 307 ff.) besetzt werden.

Veranschlagt sind:

28 Stellen der Verg.Gr.	III TO. A.,
56 „ „ „ „	VIb „
28 „ „ „ „	VII „
28 „ „ „ „	VIII „
14 „ „ „ „	IX „
28 „ für Arbeiter.	

Zu 5.

Nach der Verordnung über den vorläufigen Vollzug des Staatshaushalts 1951 vom 29. März 1951 (BGVBl. S. 59) dürfen bis zum Zustandekommen des endgültigen Haushaltsplanes für 1951 Haushaltsausgaben nur bis zur Höhe der für 1950 ausgegebenen Beträge unter Beachtung der vorgeschriebenen Abzüge geleistet werden. Im Voranschlag für den Haushalt 1951 (Einzelplan IX) sind beim Kapitel 809 die erforderlichen Mittel für 28 KB-Kammern bereits berücksichtigt. Sie sind ab 1. Juli 1951 zur Errichtung der KB-Kammern benötigt.

(gez.) Dr. Ehard,

Bayerischer Ministerpräsident